



## Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Diana Stachowitz, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayer, Martina Fehlner, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Margit Wild SPD**

### **Demokratie braucht Jugend III – Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Jugendbeteiligung in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Beteiligungsmöglichkeiten für alle jungen Menschen in Bayern zu fördern und auszubauen. Hierfür gilt es, ein Gesamtkonzept auszuarbeiten, in welchem verbindliche Ziele und Qualitätskriterien zur Beteiligung junger Menschen auf allen politischen Ebenen in Bayern festgelegt werden.

Darüber hinaus gilt es,

- die Bereiche der politischen Bildung und Demokratieverziehung im vorschulischen, schulischen sowie im außerschulischen Kontext auszubauen,
- Modellprojekte für aufsuchende Teilnehmungsformate zu entwickeln, durchzuführen und zu evaluieren, wie insbesondere auch schwer erreichbare Zielgruppen gefördert werden können,
- eine öffentlichkeitswirksame Kampagne aufzulegen, um Kinder und Jugendliche über ihr Recht zur Teilhabe aufzuklären sowie über verschiedene Teilnehmungsformate und -möglichkeiten zu informieren.

### **Begründung:**

Der Freistaat hat zum 1. Januar 2021 den Vorsitz der Jugend- und Familienministerkonferenz übernommen und diese unter das Motto „Partizipation“ gestellt. Dieses Momentum gilt es nun zu nutzen, um auch wirkliche Partizipationsmöglichkeiten für die über 3 Mio. Kinder und Jugendlichen<sup>1</sup> in Bayern zu schaffen. Denn die Teilhabemöglichkeiten junger Menschen hängen in Bayern bislang stark vom Willen und Engagement einzelner Akteurinnen und Akteure vor Ort ab. Im Rahmen der Anhörung zur „Stärkung der Jugendbeteiligung in Bayern“ im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie des Landtags am 9. Mai 2021 haben die anwesenden Expertinnen und Experten daher angemahnt, dass es notwendig ist, eine Gesamtstrategie zur Jugendbeteiligung in Bayern zu entwickeln, welche für alle politischen Ebenen konkrete und verbindliche Ziele benennt und Qualitätskriterien festschreibt.

Deutlich wurde dabei auch: Eine Verstärkung der politischen Beteiligung kann nur im Zusammenspiel mit einer Verstärkung politischer Bildung und Demokratieverziehung gelingen, denn politische Bildung ist eine zentrale Voraussetzung politischer Beteiligung.

<sup>1</sup> Stand Dezember 2019, 2,16 Mio. Menschen sind unter 18 Jahre alt, weitere 1,03 Mio. im Alter von 18 bis einschließlich 24 Jahre, insgesamt leben in Bayern 13,08 Mio. Menschen

Daher ist es notwendig, politische Bildung und Demokratieerziehung in Bayern sowohl im Bereich der Kita und der Grundschule als auch in allen weiterführenden Schularten (insbesondere auch in Berufsschulen) auszubauen. Auch der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) hat bereits mehrfach angemahnt, dass politische Bildung im schulischen Bereich in Bayern nur eine untergeordnete Rolle spielt. Im Ranking politische Bildung, in welchem Bildungsforscher der Universität Bielefeld, das Angebot politischer Bildung in Schulen in der Bundesrepublik vergleichen, erzielt Bayern sowohl bei den gymnasialen als auch bei den nicht-gymnasiale Schulformen den letzten Platz (Stand 2019).

Zugleich gilt es jedoch auch, den Blick über den schulischen Bereich hinaus zu richten und im außerschulischen Bereich, Vereine und Organisationen der Jugendarbeit, welche hinsichtlich der politischen Bildung und Demokratieerziehung junger Menschen bereits einen wichtigen Beitrag leisten, zu stärken.

Damit Partizipationsmöglichkeiten nicht nur eine bestimmte Zielgruppe erreichen, sondern vielmehr alle Jugendlichen, die sich einbringen möchten, gilt es ergänzend über Modellprojekte Wege auszutesten, wie insbesondere jene sonst schwer erreichbaren jungen Menschen in Beteiligungsprozesse integriert werden können – sei es digital oder analog. Hier ist auch die Zusammenarbeit mit Jugendverbänden auszuweiten, da diese das entsprechende Know-how zur Gestaltung und Durchführung von Modellprojekten besitzen und in gesellschaftliche und politische Strukturen vor Ort eingebunden sind.

In dieser Hinsicht erscheint es ergänzend auch sinnvoll, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu initiieren, welche junge Menschen über ihre Beteiligungsrechte und -möglichkeiten informiert. Denn – auch dies haben die Expertinnen und Experten im Rahmen der Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie deutlich gemacht –, die besten Beteiligungsmöglichkeiten bleiben letztendlich wirkungslos, wenn junge Menschen von ihnen nichts wissen.

Eine stärkere Beteiligung junger Menschen ist auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit enorm wichtig – denn „junge Menschen sind von Entscheidungen in der Gegenwart in der Zukunft am stärksten betroffen“ (Bayerischer Jugendring). Daher sollten sie auch die Möglichkeit haben, diese in ihrem Sinne mitzugestalten.